

W. 338

In Zirkulation:

~~OJ~~ ~~KR~~ ~~MKG~~ ~~BY~~ ~~HJ~~ ~~OH~~  
~~SL~~ ~~AY~~ ~~EN~~ ~~M~~ ~~dm~~ ~~rm~~  
 W. 338

EMBARGO: Samstag, 20. Mai 1978  
 12.00 Uhr

---

Rede von Herrn Bundesrat Pierre AUBERT,  
 Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,  
 am Kongress der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

- Basel, 20. Mai 1978 -

---

## DIE SCHWEIZERISCHE AUSSENPOLITIK

---

### I

Mit einer ganz besonderen Genugtuung darf ich zu Beginn dieses Kongresses das Wort ergreifen; ich danke dem Präsidenten unserer Partei, Helmut Hubacher, der uns heute bei sich empfängt, und der Geschäftsleitung für die mir gewährte Gelegenheit, meine Gedanken vor den sozialdemokratischen Vertretern der ganzen Schweiz auszudrücken. Ich schätze diese Ehre und sehe darin eine Ermutigung für unsere Aussenpolitik, die wir auf eine möglichst dynamische Art zu führen trachten.

In einem System, das zugleich durch eine kollegiale Machtausübung und durch das Referendumsrecht von Volk und Kantonen geprägt wird, ist heute die Beteiligung der politischen Parteien an der Formulierung der Aussenpolitik unumgänglich.

Es war aber nicht seit jeher so. Die Geschichte unserer Aussenpolitik widerspiegelt eine langsame Ausdehnung der Volks-



rechte in diesem Bereich. Das Parlament setzte nach langen Auseinandersetzungen sein Recht durch, orientiert zu werden und seine Meinung zu äussern, namentlich mittels der ständigen Kommissionen, deren Schaffung vergleichsweise jungen Ursprungs ist. Das Referendum im Bereich der Staatsverträge erfuhr eine Aenderung, um eine rationellere Ausübung dieses Rechtes zu ermöglichen. Dies geschah im Hinblick auf konkrete Vorlagen, die vor den Souverän gelangen könnten.

Daher ist das von der Sozialdemokratischen Partei bekundete Interesse sehr willkommen. Beim Durchlesen unserer Presse oder beim Gespräch mit Mitbürgern habe ich in der Tat allzu oft den Eindruck, dass wir an ein nicht zu verleugnendes Misstrauen, an eine gewisse Enge der Geisteshaltung, ja sogar auf eine Art Groll stossen, sobald es sich darum handelt, unserer Aussenpolitik etwas mehr Schwung zu verleihen, oder wenn sich unser Land zur Aufrechterhaltung seiner Stellung in der Welt anschickt, diejenigen Verpflichtungen wahrzunehmen, welche die internationale Gemeinschaft von ihm erwartet.

Unsere vorrangige Aufgabe besteht darin, das Schweizervolk dazu zu führen, einerseits die Welt in der es lebt klar zu sehen, selbst wenn dieses Schauspiel nicht immer erfreuliche Züge aufweist und andererseits zu verstehen, welches seine Bindungen an diese Welt sind. Ich könnte es nur lebhaft begrüßen, wenn die hier Anwesenden etwas mehr Verständnis für diese Belange aufbringen würden als die eben von mir kritisierten Einstellungen. Darüber hinaus wäre ich sehr glücklich, wenn die Sozialdemokratische Partei beim Bestreben zur Information und Bildung der Oeffentlichkeit über die grossen aussenpolitischen Probleme mitarbeiten würde. Obwohl man a priori jeden von der Exekutive ausgehenden Vorstoss dieser Art als suspekt betrachtet, versuchen wir unsererseits, der öffentlichen Meinung solche Beurteilungskriterien zur Verfügung zu stellen, die es ihr erlauben sich ein möglichst objektives Bild zu verschaffen.

- 3 -

Aus Gründen ihrer Bedeutung aber auch ihrer Aktualität möchte ich mich nun bei drei Gegenständen aufhalten: der Entwicklungshilfe, dem Beitritt unseres Landes zur UNO und dem Schutz der Menschenrechte.

Gern hätte ich mich mit Ihnen noch über zahlreiche andere Gebiete unterhalten, zum Beispiel über unsere Europapolitik oder über die Abrüstung. Der Bundesrat wird in kürze über die letztere beraten, und ich werde bald Gelegenheit haben, mich dazu zu äussern. Eine ausserordentliche Session der UNO-Generalversammlung, die sich nur diesem grundlegenden Thema widmet, beginnt ihre Arbeiten in New York am kommenden Dienstag, dem 23. Mai. Wir werden den Verlauf dieser Konferenz aufmerksam verfolgen.

Gestatten Sie mir jetzt, auf die ständige Herausforderung unserer Epoche zu sprechen zu kommen - die Entwicklungszusammenarbeit-

## II

Es ist kaum nötig, die Aktualität der Entwicklungshilfe zu unterstreichen, da an die Eidgenössischen Räte gegenwärtig ein Kreditbegehren gerichtet wird über ein Programm im Umfange von 735 Millionen Franken für die nächsten zweieinhalb Jahre. Ein anderer Aspekt aber, der uns Sorgen bereitet, ist der folgende: die Schweiz, die schon immer in bezug auf die öffentlichen Leistungen auf den hintersten Rängen unter den Mitgliedstaaten des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD lag, könnte bald den letzten Platz in dieser Gruppe einnehmen.

Die Entwicklung der armen Regionen unseres Erdballes ist eine der grundlegenden Aufgaben, die sich die internationale Gemeinschaft gestellt hat. Es handelt sich um ein gewaltiges Unterfangen, dessen genaue Ausgestaltung nur schwer zu erfassen ist, denn die

Idee der Entwicklung zeigte sich als wesentlich komplexer, als man sich dies ursprünglich vorgestellt hatte. Entwicklung bedeutet nicht einfach Wachstum, man kann sie nicht ohne weiteres durch die Ausschüttung von Millionenbeträgen erzielen. Sie beruht auf einem komplexen Prozess, für den letztlich das sich entwickelnde Land die Verantwortung trägt. Es bedarf jedoch auch anderweitiger Anstrengungen, um günstige Rahmenbedingungen im Weltwirtschaftssystem herzustellen und zudem der Leistung der notwendigen Zusammenarbeit.

Unser Beitrag zu den Entwicklungsbestrebungen muss folglich zwei Elemente einschliessen: vorerst die Errichtung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, welche den Aufschwung der Entwicklungsländer ermöglichen; und eine direkte Zusammenarbeit, um den Entwicklungsländern diejenigen Geldmittel und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, die sie nicht aus eigener Kraft erbringen können.

Die allgemeinen Probleme der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurden kürzlich in New York vom Plenarkomitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen erörtert. Es gelang der Schweiz, in diesem Komitee Einsitz zu nehmen. Was dort zur Sprache steht, ist die berühmte neue Weltwirtschaftsordnung, die bereits Anlass zu zahlreichen Kontroversen gab.

Es scheint mir, dass sowohl der Norden wie auch der Süden in diesen Debatten legitime Interessen zu verteidigen haben, und dass darüber hinaus ein gemeinsames Interesse beider Parteien vorhanden ist, welches darin besteht, ein Weltwirtschaftssystem zu bewahren, das funktioniert und jene Dienste leistet, die man gerechterweise von ihm erwarten darf. Dies bedeutet, dass der heutige Zustand unausgewogen ist und deshalb Korrekturen erforderlich sind, und dass das fehlende Gleichgewicht kompensiert werden muss. Die Industrieländer haben hier eine wichtige Rolle zu spielen, die Beweglichkeit und Ideenreichtum verlangt.

Der andere Bereich unserer Politik beschlägt die technische Zusammenarbeit. Darüber ist man heute in unserem Land glücklicherweise immer besser im Bild. Wir arbeiten aufgrund von eindeutigen Prioritäten, die, so glaube ich, von der Öffentlichkeit verstanden werden: Hilfe in erster Linie an die ärmsten Länder (was den Empfehlungen der internationalen Organisationen entspricht), Schwergewicht in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden, der beruflichen Ausbildung und in der Förderung von Kleinbetrieben. Die Ergebnisse einer Vielzahl von Projekten sind ermutigend. Unsere Hilfe wird geschätzt; sie stellt auch für uns in dem Masse eine Bereicherung dar, als manche unserer jungen Leute die Gelegenheit haben, sich mit anderen Nationen und Kulturen vertraut zu machen, sowie ihre Werte und Gedanken kennenzulernen. Daraus erwächst ein Austausch, der einen sehr positiven Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit darstellt.

Dieser Genugtuung steht die Tatsache gegenüber, die ich bereits erwähnt habe; der beträchtliche Rückstand unseres Landes in der öffentlichen Hilfe. Zu diesem Rückstand, den die Entscheidung des Souveräns über den IDA-Kredit bestätigte, will ich weder Kritik anbringen, noch Erklärungen oder Entschuldigungen suchen. Ich begnüge mich mit der Feststellung, dass er uns in der Dritten Welt beträchtlichen Schaden bereitet, denn dort ist die öffentliche Hilfe, gemessen am Ziel von 0,7% des Bruttosozialproduktes (wir erreichen 0,19%) ein bequemer Massstab, um die Politik der Industrieländer in diesem Bereich zu beurteilen. Aber auch unsere Partner in den industrialisierten Staaten beginnen mit Ungeduld darauf hinzuweisen, dass die Bürde weitgehend ungleich verteilt ist, dies besonders im Hinblick auf die beachtlichen Ueberschüsse unserer Zahlungsbilanz mit den Entwicklungsländern.

Die Schweiz hat offensichtlich die Tiefe der Probleme, das Ausmass des Elends, die Früchte der bis jetzt erbrachten Hilfe, von denen wir so bereide Zeugnisse besitzen, noch nicht erkannt. Man muss die Schweiz aus ihrer Selbstgefälligkeit aufwecken und ihr

unsere Pflichten in einer internationalen Gemeinschaft aufzeigen, von der unser Wohlergehen so weitgehend abhängt. Dies ist eine Wahrheit, die ohne Unterlass verkündet werden muss.

### III

Ich komme jetzt zum Problem der Vereinten Nationen.

Ich beabsichtige nicht, die Geschichte unserer Beziehungen zu dieser Institution, die Sie ja kennen, zu schildern. Auch möchte ich nicht die Schlussfolgerungen des letzten Berichtes des Bundesrates vom 29. Juli 1977 wiederholen. Sie erinnern sich wohl, dass dieser Bericht von beiden Räten angenommen wurde. Der Nationalrat wünschte sogar eine Beschleunigung des Beitrittsverfahrens. Der Bundesrat ist nun beauftragt, den günstigsten Zeitpunkt zu bestimmen, um den Beitritt dem Souverän zu unterbreiten.

Wir wissen, dass ein Grossteil der öffentlichen Meinung der Zweckmässigkeit unserer Mitarbeit in der UNO skeptisch gegenübersteht. Die Gründe sind verschiedenartiger Natur: es gibt enttäuschte Idealisten; diejenigen, die Neutralität mit vollständiger aussenpolitischer Enthaltung gleichsetzten; diejenigen, welche sich von gewissen Entscheidungen der UNO beeinflussen lassen, die bei uns heftiger Kritik ausgesetzt waren.

Um ihnen zu antworten, müssen wir meiner Meinung nach die Frage unter zwei Aspekten betrachten:

Der erste ist praktischer Art, dem sich der Schweizer, als Realist sicher in erster Linie zuwendet. Die Tatsachen sind klar: Die grossen Probleme in den Nord-Süd-Beziehungen, Abrü-

stungsfragen, die Kodifikation des Völkerrechts (das, wie im Falle des Seerechts, beträchtliche Interessen berührt) werden grösstenteils und immer häufiger in der UNO behandelt. Nicht ohne Mühe fanden wir Zutritt zum Plenarkomitee für die neue Weltwirtschaftsordnung. Anderswo werden unsere Schwierigkeiten noch zunehmen, auch wenn unsere Interessen unmittelbar betroffen sind. Die Tatsache, dass kein grösserer Staat mehr ausserhalb der UNO steht, hat die Stellung der Beobachter beträchtlich geschwächt. Im weiteren erachten es die Vereinten Nationen häufig nicht mehr als nötig, bei den verabschiedeten Empfehlungen zwischen Mitglied- und Nichtmitgliedländern zu unterscheiden. Dies trifft sogar für verbindliche Entscheidungen des Sicherheitsrates zu, wie es etwa das Waffenembargo gegen Südafrika zeigt. Es ist deshalb nun Zeit für uns, die Rechte eines Mitgliedes auszuüben, ob wir nun innerhalb oder ausserhalb der Organisation stehen.

Aber in Wirklichkeit wird das Volk zum Entscheid über eine viel wichtigere Frage aufgerufen. Wir leben am Ausgang eines Jahrhunderts, wo das Zusammengehörigkeitsgefühl auf unserem Planeten derart offensichtlich ist, die Probleme einzelner Nationen die Probleme aller sind, und so viele Gefahren die gesamte Menschheit bedrohen. Sollen wir unter solchen Bedingungen an einer Institution teilnehmen, die sich zum Ziel setzt, gemeinsam nach Lösungen für diese Probleme zu suchen, oder sollen wir ihr fernbleiben? Ich weiss sehr wohl, dass man uns die Unfähigkeit der Organisation, die von ihr begangenen Fehler und die "automatische" Mehrheit (die übrigens nicht so "automatisch" ist) vorwerfen wird. Alle diese Fragen müssen wir diskutieren. Eines aber ist sicher: Welches auch immer die Schwächen der UNO sind, sie bildet den Rahmen dieses grossen und unentbehrlichen Unterfangens, das heute die weltweite Zusammenarbeit darstellt. Wir können nicht mehr abseits stehen; wir müssen den Mut haben, unseren Beitrag zu leisten. Ich bin sicher, dass wir dazu fähig sind.

Hier gilt es, noch eine grosse Informationsarbeit zu leisten. Was sich aber vor allem aufdrängt, ist eine breite und demokratische Diskussion, in der alle Argumente in der Öffentlichkeit geprüft und abgewogen werden können.

#### IV

Das Problem der Menschenrechte ist etwas anders gelagert, denn hier ist unsere öffentliche Meinung mobilisiert - sie ist mit einem Vorstoss des Bundesrates nicht nur einverstanden, sondern wünscht ihn auch.

Die Schweiz interessierte sich immer für den Schutz der Kriegsoffer. Sie bezeugte dies durch die Unterstützung des Werkes des Roten Kreuzes und durch die Einberufung der Konferenzen zur Ausarbeitung der Genfer Konventionen. Die letzte war die Konferenz zur Bekräftigung des humanitären Völkerrechts, die letztes Jahr nach der Verabschiedung zweier wichtiger Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949 zu Ende ging.

Das Interesse für die Menschenrechte ist ebenfalls eine alte Tradition unseres Landes, das so viele politische Flüchtlinge aufgenommen hat. Mit lebhafter Sympathie haben wir deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg die Bestrebungen verfolgt, die dem Schutz dieser Rechte internationale Anerkennung zu geben versuchten. Heute überprüfen wir die Möglichkeit eines Beitritts zu den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen - der eine bezieht sich auf bürgerliche und politische, der andere auf soziale Rechte. Wie Sie wissen, sind wir seit einigen Jahren Mitglied desjenigen internationalen Instrumentes, das heute die stärksten völkerrechtlichen Bindungen enthält, nämlich der europäischen Menschenrechtskonvention. Sie sieht bekanntlich das individuelle Beschwerderecht vor.



Wir sind uns zutiefst bewusst, dass in der bewegten Zeit, in der wir leben, einige grundsätzliche, dem Wesen des Menschen innewohnende Rechte besonders bedroht sind. In der Tat erleiden diese zahlreiche und oft grausame Verletzungen. Wie auch andere Staaten, die in diesem Zusammenhang Vorstösse bei internationalen Instanzen unternommen haben, teilen wir die Besorgnis unserer Mitbürger, sowie die Befürchtungen der internationalen Organisationen selbst.

Es erübrigt sich, die Schwierigkeiten zu erörtern, die einer Menschenrechtspolitik im Wege stehen: Die Souveränität der Staaten muss geachtet werden; es ist notwendig, in Abstimmung mit anderen Staaten zu handeln; Vorsicht und Diskretion sind am Platz, um Erfolg zu haben; unwirksame Vorstösse, "Schläge ins Wasser", haben zu unterbleiben.

Obwohl ich mir der Hindernisse bewusst bin, glaube ich, dass wir diese Aufgabe angehen müssen. Sie wird nicht leicht sein und das Ziel ist weit entfernt. Insbesondere ist eine enge Koordination mit denjenigen Bemühungen unumgänglich, die anderswo in der internationalen Gemeinschaft unternommen werden. Wie ich bereits erwähnte, ist der Bundesrat bereit, jede Initiative, die das Schicksal der politischen Gefangenen greifbar verbessern könnte, zu prüfen, um sie im gegebenen Moment auch zu unterstützen. Dasselbe gilt ebenso für die Bekämpfung der Folter und für die Bestrebungen zur Erleichterung der Haftbedingungen der Gefangenen.

Es ist vorauszusehen, dass sich der Bundesrat, das Parlament, das Volk und vor allem unsere Partei in den kommenden Jahren viel mehr mit internationalen Angelegenheiten auseinandersetzen. Möge dies in einem Geist geschehen, der massvoll und den Traditionen unseres Volkes würdig ist, einem Geist geprägt von Mut, Weltoffenheit und Grosszügigkeit. Unsere Zukunft hängt davor ab.

\* \* \*

\*